



Liebe Leserinnen,

das Jahr 2017 steht für die ASF ganz im Zeichen von Wahlen. Am 01. April 2017 wählt der Landesfrauenrat auf seiner Delegiertenversammlung einen neuen Vorstand, hier schicken wir erneut Sarah Schulze als Vertreterin der ASF ins Rennen. Am 21. April findet unsere ASF-Landeskonferenz statt. Neben der Wahl des neuen Vorstandes steht sie ganz im Zeichen eines inhaltlichen Austausches, zu dem wir Jonathan Menge von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin eingeladen haben, der die Studie „Was junge Frauen wollen“ vorstellen wird. Ich hoffe, möglichst viele von Euch auf der Landeskonferenz zu sehen.

Bis dahin viel Spaß bei der Lektüre des Newsletters!

Eure Corinna Reinecke

ASF-Landeskonferenz am 21. April 2017

Am 21. April findet turnusgemäß die diesjährige Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen als Vollversammlung statt. Neben der Neuwahl des Vorstandes freuen wir uns auf die Vorstellung der Studie „Was junge Frauen wollen“ durch Jonathan Menge von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Zudem wollen wir mit Maike Lechler über die im Mai (05.-07. Mai 2017) geplante Konferenz junger politischer Frauen (Kjpf) in Halle ins Gespräch kommen. Antragschluss für eigene Anträge ist der 07. April. Falls ihr an der Veranstaltung teilnehmen oder für ein Mandat kandidieren wollt, meldet euch bitte bei Raphaela Spitaler (raphaela.spitaler@spd.de) in der Landesgeschäftsstelle.

Landesliste zur Bundestagswahl 2017 aufgestellt

Der außerordentliche Landesparteitag hat am 18. Februar 2017 in Köthen die Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt und den Landesvorsitzenden Burkhard Lischka als Spitzenkandidaten bestätigt. Der Vorschlag berücksichtigt vorrangig alle neun Direktwahlkandidatinnen und -kandidaten aus den Wahlkreisen. Entsprechend dem geänderten SPD-Statut wechseln sich Männer und Frauen auf den Listenplätzen nach dem Reißverschlussprinzip ab. Die weiblichen Kandidatinnen wurden auf die Listenplätze 2 (Katrin Budde), 4 (Marina Kermer) und 6 (Franziska Kersten) gewählt.



Bild: SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt

Der ASF-Landesvorstand wird – wie bereits im Landtagswahlkampf – im Bundestagswahlkampf insbesondere die weiblichen Kandidatinnen Katrin Budde, Marina Kermer und Franziska Kersten unterstützen und dazu geeignete Projekte und Formate beraten.

Ausgesprochen vielfältig! Sprachleitfaden der Koordinierungsstelle Sachsen

Sprache schafft Bewusstsein! Eine geschlechtergerechte Sprache ist dabei Ausdruck einer Hochschule, die auf dem Prinzip der Chancengleichheit basiert. In den letzten Jahren (und Jahrzehnten) sind zahlreiche Vorschläge für die praktische Umsetzung aufgekommen und wurden weiterentwickelt. Um angesichts der Vielzahl an Möglichkeiten Orientierung zu bieten, hat die Koordinierungsstelle zur Förderung der Chancengleichheit an sächsischen Universitäten und Hochschulen den Sprachleitfaden „Ausgesprochen vielfältig!“ mit einem Überblick über geeignete Lösungen und vorbildliche Varianten entwickelt. Anders als vergleichbare Angebote fokussieren sie dabei auf sprachliche Probleme, die im Hochschulkontext auftreten, und beziehen auch Bildsprache mit ein. Zudem enthält der Leitfaden einen Exkurs zu Leichter Sprache. Weitere Informationen: <http://www.chancengleichheit-in-sachsen.de/wissensspeicher/gender-und-diversitysensible-sprache.html#c296>

Zweiter Gleichstellungsbericht | Frauen wenden deutlich mehr Zeit für unbezahlte Tätigkeiten auf

Frauen wenden täglich deutlich mehr Zeit für unbezahlte Tätigkeiten im Haushalt und für die Familie auf als Männer. Zu diesem Ergebnis kommt die Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht des Bundes. Sie hat als neue Kennzahl für diese „Sorge-Lücke“ den Gender Care Gap entwickelt, der bei derzeit 52,4 Prozent liegt.



Bild: Helene Souza/ pixelio.de

Die Sachverständigenkommission bewertet diese Lohn- und Sorge-Lücke als Zeichen ungleicher Verwirklichungschancen von Frauen und Männern. „Alle Menschen sollen jederzeit und unabhängig von ihrem Geschlecht die Möglichkeit haben, private Sorgearbeit zusammen mit Erwerbsarbeit zu leben. Professionelle Sorgearbeit muss aufgewertet, besser anerkannt und entlohnt werden. Wir machen konkrete

Vorschläge, welche Rahmenbedingungen sich wie ändern müssen, damit das gelingen kann“, erläuterte die Vorsitzende der Sachverständigenkommission Prof. Dr. Eva Kocher. Das Gutachten und die Stellungnahme der Bundesregierung zu diesem Gutachten werden zusammen den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung bilden, der dem Kabinett nach Abschluss der Ressortabstimmung vorgelegt wird.

Ratifizierung der Istanbul-Konvention

Die Bundesregierung hat pünktlich zum 8. März dem von Manuela Schwesig eingebrachten Gesetzentwurf zum „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ zugestimmt. Damit sind die Voraussetzungen für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention erfüllt. Deutschland hatte das Übereinkommen bereits im Mai 2011 in Istanbul unterzeichnet und angekündigt, es in nationales Recht umzusetzen.

Mit der Ratifizierung wird der Schutz von Frauen vor allen Formen von Gewalt in Deutschland weiter nachhaltig gestärkt. In den 81 Artikeln des Übereinkommens sind umfassende Verpflichtungen zur Stärkung der Gleichstellung von Mann und Frau enthalten; insbesondere das Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben. „Jeden Tag erleben Frauen Gewalt, auch mitten in unserer Gesellschaft. Betroffen sind Frauen jeden Alters, jeder sozialen Schicht, jeder Nationalität. Die Reform des Sexualstrafrechts, das den Grundsatz „Nein heißt Nein“ umfasst, war der letzte wichtige Baustein, damit nun auch Deutschland die Istanbul-Konvention ratifizieren kann. Endlich – es war ein langer Weg bis dahin. Mit dem Beitritt zum Übereinkommen verpflichtet sich Deutschland, auch in Zukunft alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Frauen zu schützen und ihnen Hilfe und Unterstützung zu bieten. Jede Frau hat das Recht auf ein gewaltfreies Leben“, erklärte die Bundesministerin.



Bild: knipseline/pixelio.de

Projekt „Zukunft FEMININ“ in Sachsen-Anhalt

Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg gestaltet in Kooperation mit der Hochschule Merseburg o.g. Projekt, um Schülerinnen* ab der 10. Klasse aus ganz Sachsen-Anhalt für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften) zu begeistern. Dazu gibt es ab dem 7.2.2017 bis Juli 2017 vielfältige Veranstaltungsformate (z.B. Frauenpowertag zum Girls´Day, Camus-Days, MINT-Schnuppertage oder Sommercamp). Informationen zu den thematischen Veranstaltungen und Kontakte zur Anmeldung finden sich unter: http://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/downloads/termine_ovgu.pdf

Weniger Chefinnen im Mittelstand

Früher galten die mittelständischen Unternehmen den Großkonzernen als Vorbild, was die Zahl der Frauen in Chefetagen angeht. Doch der Zuwachs an Chefinnen im Mittelstand gerät ins Stocken: Der Anteil der von Frauen geführten kleinen und mittleren Unternehmen stagniert einer Studie der KfW zufolge bei 18 Prozent. So wurden im Jahr 2015 rund 660 000 mittelständische Firmen von Frauen geleitet. Nach 15 Prozent zu Beginn des Jahrtausends hatte ihr Anteil zwischenzeitlich knapp unter 20 Prozent betragen. Laut der KfW-Studie ging der Frauenanteil zuletzt auch unter den Gründer_innen zurück. Nur 270 000 Frauen wagten demnach im Jahr 2015 den Schritt in die Selbstständigkeit, ein Rückgang von 17 Prozent gegenüber 2014. Mit Verzögerung bremse das den Anstieg der frauengeführten Mittelständischen Unternehmen in den nächsten Jahren.

Frauenquote muss bleiben!

Die für Gleichstellungspolitik zuständige Ministerin Annemarie Keding (CDU) hat jüngst erklärt, das in den Koalitionsvereinbarungen formulierte und festgeschriebene Ziel, den Anteil von Frauen in Aufsichtsräten der Landesgesellschaften bis Ende 2017 auf mindestens 50 Prozent anzuheben, aufweichen zu wollen. Geplant ist stattdessen eine Quote von 30 Prozent Frauen und eine Verlängerung der Umsetzungsfrist. Dies stellt einen enormen Rückschritt in Sachen Gleichstellung der Geschlechter dar. Derzeit liegt die Quote von Vertreterinnen in den diskutierten Gremien bei 23 Prozent, erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Angela Kolb-Janssen. Andere Bundesländer hätten gezeigt, dass eine paritätische Besetzung funktionieren könne. „Ich erwarte von der Landesregierung konkrete Vorschläge.“

Aufruf des Deutschen Frauenrats

Anlässlich des Internationalen Frauentags 2017 rief der Deutsche Frauenrat dazu auf, gemeinsam gegen Rechtspopulismus und für den Erhalt der Demokratie zu kämpfen. Allen populistischen Bewegungen in Europa und den USA läge auch eine mehr- oder weniger offene frauen- und genderfeindliche Ideologie zugrunde. „RechtspopulistInnen stellen die Gleichheit der Geschlechter infrage, sie beschneiden die (sexuelle) Selbstbestimmung von Frauen, ihr Recht auf einen eigenen Lebens- und Liebesentwurf, ihr Recht auf umfassende Teilhabe,“ heißt es in dem Aufruf, der von der Vorsitzenden des Deutschen Frauenrats, Mona Küppers, unterzeichnet ist. Küppers Appell: „Eine freiheitliche Demokratie ist die beste Freundin einer Frau. Sie wird uns aber nicht geschenkt. Wir müssen immer wieder um sie kämpfen. Jetzt vielleicht mehr denn je. Beherzt und mit Verstand. Solidarisch. Ohne Angst.“



Bild: www.frauenrat.de

Termine:

18.03.2017: Bundesweiter Equal Pay Day

03.04.2017, 18:00 Uhr: ASF-Landesvorstandssitzung in Dessau

05.04.2017, 10-14 Uhr: Vorstellung des Arbeitspapiers zur Novellierung des Frauenfördergesetzes im Justizzentrum Magdeburg, Breiter Weg 203-205

21.04.2017, 17:00 Uhr: ASF-Landeskonferenz, Ernst-Reuter-Haus, Magdeburg